



DL21

#leftlessons

#leftlessons Nr.6 – Zusammenfassung

Internationale Solidarität, Gleichberechtigung und Inklusion

Die erste Staffel unserer #LeftLessons hat in die übergreifende Thematik des Demokratischen Sozialismus eingeführt. Wir haben in fünf Folgen mit verschiedenen Referent*innen diskutiert, welche Reformziele und strategischer Perspektive wir mit diesem Begriff verbinden.

In der abschließenden sechsten Folge hat unsere Bundesvorsitzende Hilde Mattheis mit Gesine Schwan, Rudolf Hickl, Dierk Hirschel, Gustav Horn und Felix Welty diese Diskussion in den internationalen Menschenrechtshorizont der „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen (SDGs) eingebettet. Unsere Ausgangsthese dabei war, dass die Verwirklichung dieser humanistischen Ziele nur zu verwirklichen sind, wenn global das Gemeinwohl über das Profitwohl und demokratische gesellschaftliche Organisation über Marktprinzipien gestellt werden.

Hier findet Ihr eine Zusammenfassung der Kernaussagen aus der lebhaften Debatte unserer Referent*innen. Die Diskussion selbst könnt Ihr Euch auch noch einmal anschauen unter:

<https://www.forum-dl21.de/leftlesson-6-internationale-solidaritaet-gleichberechtigung-und-inklusion/>

Gesine Schwan:

- Nachhaltigkeit bedeutet eine Organisation und Entwicklung der Gesellschaft, die allen Menschen eine Chance gibt, ein Leben in Gerechtigkeit und Solidarität zu führen.
- Dafür ist ein starker Staat international nicht besonders geeignet, weil die Regierungen oft nicht im Interesse der Mehrheit handeln. Zur Verwirklichung der SDGs ist deshalb die internationale Solidarität zwischen den Bevölkerungen und über lokale Verbände und zivilgesellschaftliche Organisationen viel einfacher zu realisieren. Insbesondere auf der Organisationsbasis der Kommunen, wo die Menschen sich kennen und über ihren Alltag nachdenken, ist das Interesse an Lösungen größer als an Machtspielen.
- Der Demokratische Sozialismus sei als Daueraufgabe des menschengerechten Ausräumerens zwischen Markt und Regulierung zu verstehen. Er braucht vor allem die starke Unterstützung der Bevölkerung.

DL21

#leftlessons

- Hilfreich könnten Entwicklungsbeiräte in Kommunen und Städten sein – mit gewählten und nichtgewählten Mitgliedern, die gemeinsam die langfristigen Entwicklungen erarbeiten, auch wenn die Parlamente dann über die Vorschläge entscheiden. Vorgehensweisen wie diese haben eine vorbildliche Tradition bei UNCTAD und HABITAT.
- Unternehmen sind mit einzubeziehen, damit sich die Unternehmen nicht verflüchtigen.
- Markt ist wichtig, muss aber reguliert werden, durch neue Teilhabemöglichkeiten der Bürgerinnen an ihrer Infrastruktur und Zusammenleben. Damit sie sich stark und wirksam fühlen können – zur Stärkung der Demokratie heute.
- Zivilgesellschaftliche Bewegungen sind als Faktor zur Motivation der Menschen unverzichtbar, denn alle Institutionen haben die Tendenz zu erstarren. Aber in der Regel sind Bewegungen nicht in der Lage, auf Dauer Ziele umzusetzen. Deshalb muss es eine Verknüpfung von Bewegungen und institutioneller Demokratie geben.
- Nationalstaatlich sind Parteien und Parlamente wichtig, aber die Parteien müssen mehr mit Bewegungen und Unternehmen („Zivilgesellschaft“) zusammenarbeiten.
- „Antagonistische Kooperation“ könnte ein Modus dieser Entwicklung sein, das bedeutet: um die Konflikte und gegensätzlichen Interessen wissend trotzdem kooperativ Lösungen anzustreben und zu finden.
- Vieles – zu Beispiel das Bild von der Sozialdemokratie oder den Gewerkschaften als „Dompteure“ des Kapitals deutet darauf hin, dass wir ganz eingeschüchtert sind von der Macht der global agierenden Konzerne. Wir dürfen aber nicht unterschätzen, welche Macht demokratische Politik haben kann, wenn sie von zivilgesellschaftlichen Bewegungen getragen ist. Diese – zwischen Staat und Ökonomie – schaffen Möglichkeitsräume für Veränderung, sind ein Faktor, den auch das Kapital immer berücksichtigen muss. Die Menschen üben Macht durch politische Meinungsbildung und Agitation aus; sie üben auch Macht dadurch aus, dass viele qualifizierte Menschen aus ethischen Überzeugungen nicht jede Arbeit machen.

Rudolf Hickl:

- Zur Verwirklichung der SDG's ist ein Rückgriff auf sozialdemokratische Grundposition nötig: Marktförmige Wirtschaftsweisen sind auch künftig nötig, aber dieser Markt darf die Lebensinteressen der Mehrheit nicht gefährden und muss daher stark reguliert werden.
- Das heißt primär: die Bekämpfung monopolistischer Konzentration, denn zivilgesellschaftliche Bewegungen prallen immer ab an deren ökonomischen Macht.

DL21

#leftlessons

Zum Demokratische Sozialismus gehört der Mut, ökonomische Macht abzubauen, den Kapitalismus sozial zu bändigen, damit sozial-ökologische Nachhaltigkeit möglich wird.

- Die Linke ist da konzeptionell schwach. Die Überlegungen von Gesine Schwan zur Stärkung der Demokratie von Unten interessant, um diesem Defizit zu begegnen. Es ist aber grundsätzlich in Frage zu stellen, dass die endogene Kraft der Unternehmen geeignet ist, unsere Anliegen mit zu realisieren.
- Ökonomisch empfiehlt sich eine antimonopolistische Strategie, denn gerade im Bereich nachhaltiger Energiegewinnung und Verteilung mache man die Erfahrung, dass diese die besten Alternativen zu der rein profitgetriebenen globalen Ausbeutung durch große Konzerne mit herausbilden können. Dieses Potential muss aber politisch durch ein wirtschaftspolitisches Arsenal zur Bändigung ökonomischer Macht befreit werden.
- Man muss die internationale Konkurrenz regulieren, Fusionen unterbinden und ökonomischen Entwickeln, die die politische Erpressbarkeit durch Konzerne (s. Lufthansa-Milliarden) mindern. Deshalb sind die Großkonzerne, anders als in der Linken oft gedacht wird, unbedingt zurückzudrängen. Sie sind nicht „leichter zu verstaatlichen“, sondern das Hindernis, bedarfsgerechte lokale ökonomische Problemlösungen zu finden und durchzusetzen.
- Der Neoliberalismus ist nicht tot, sondern er schlummert in dieser Krise. Die Tilgungspläne zur Wiedereinhaltung der Schuldenbremse nach der Krise sind ein Beispiel für die Politik, die die tiefe Vertrauenskrise zwischen SPD und Bevölkerung verursacht hat. Unsere wirtschaftspolitische Ohnmacht überwinden wir nur, wenn wir die Handlungsmacht der Erwerbsabhängigen und die soziale Gestaltung gegenüber Profitinteressen und internationaler Wettbewerbsfähigkeit nach vorne stellen.
- Es ist auch ein verfassungsrechtlicher Auftrag, das Verhältnis von Arbeit und Kapital zugunsten des Gemeinwohls zu stabilisieren. Die soziale Frage entscheidet sich jetzt am sozial-ökologischen Umbau. Man braucht ein Konzept und in den Wahlkampf zu zeigen, wie das sozial gemacht wird. Man kann nicht einfach weniger Strom nutzen. Diesen Interessenkonflikt zu lösen, ist akut die wichtigste Aufgabe!

Felix Welty:

- Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen sollten wir immer betont im Kontext der sozialen Nachhaltigkeit verstehen, denn sie sind viel mehr als Ökologie- und Entwicklungspolitik. Sie skizzieren einen meinen sozialen und ökonomischen Entwicklungsbedarf, der ALLE Ländern betrifft! Ihre Quellen sind der UN-Pakt für



DL21

#leftlessons

soziale, kulturelle und wirtschaftliche Menschenrechte und die unteilbaren Menschenrechte.

- Das hat konkrete Folge für die deutsche und europäische Politik: Hier geht es darum klarzustellen, dass die Einbindung in internationale Organisationen nicht nur zum Export von Dingen dient, die es bei uns schon gibt, sondern wir müssen hierzulande vieles ändern, auch vieles von anderswo übernehmen und bei uns implementieren.
- Dazu gehören besonders die rechtsverbindlichen Säulen der Nachhaltigkeitsziele, also gleicher Zugang zu guter Arbeit und dafür eine Stärkung der gewerkschaftlichen Rechte, der Zugang zu Sozialversicherungsleistungen, eine Existenzsicherung für alle. Eine Grundsicherung, die nicht zu Lasten der Sozialversicherungen geht, könnte enorme schöpferische Potentiale freisetzen. Soziale Infrastrukturpolitik (Bildung, Gesundheit...) ist die unhintergehbare Bedingung für all dies.
- Eine solche Umstrukturierung unserer Gesellschaft ist auch der beste Beitrag zu Gleichstellung der Geschlechter in zweifacher Hinsicht: es lassen sich gleiche gute Arbeitsbedingungen und Löhne realisieren; zugleich sind die Frauen und gesellschaftlich Benachteiligten die Hauptnutzer:innen sozialer Dienstleistungen, deren Ausbau sie daher stärkt.
- Eine vernünftige Politische Strategie ist nicht nur auf staatlicher Regulierung gegründet, sondern auch auf die Zivilgesellschaft. Dazu gehören die Kommunen, aber auch die Kammern, Sozialversicherungsträger, freie Wohlfahrtspflege als Impulsgeber für nicht kommerzielle, genossenschaftliche Sozialdienstleistungen.
- Es ist nötig, verstärkt Beiträge für die gemeinwirtschaftliche Organisation der (Sozial-)Wirtschaft zu entwickeln und zu fördern, weil Sozialstaat nicht einfach Umverteilung bedeutet, sondern auch die Herausforderung annimmt, die sozialen Dienstleistungen nachhaltig zu organisieren.
- Bei der zukünftigen Organisation der Wirtschaft ist nicht die entscheidende Frage, ob etwas staatlich oder nicht-staatlich ist, sondern ob es gewinnorientiert oder gemeinwohlorientiert ist! Deshalb muss die Gewinnerorientierung gerade im Bereich von Gesundheit und Sozialversicherungen beendet werden.
- Wir müssen selbst mehr dialektisch denken und dieses Denken vermitteln. Das ist die Bedeutung der Liedzeile: „...aus dem dunklen Vergangen, leuchtet die Zukunft hervor“: die alte – neoliberal kapitalistische Gesellschaft stirbt und in ihr und gegen sie sind schon zahlreiche Potentiale einer besseren Welt entwickelt, die wir heben, weiterentwickeln und verallgemeinern müssen. Wir müssen dies durchsetzen gegen neoliberale Kapitalinteressen, aber auch gegen einen gefährlichen Neonationalismus.



DL21

#leftlessons

Gustav Horn:

- Es ist ein kühnes und notwendiges Unterfangen, die Diskussion über „Demokratische Sozialismus“ heute in den internationalen Kontext zu stellen, denn wir haben global heftigste Auseinandersetzungen zwischen Staaten, Gesellschaften und Ökonomien („America First“ und Chinas etwas „höflicher formulierte“ Wirtschaftsstrategie als Beispiele.) Dagegen zu setzen, dass wir etwas anderes wollen und anstreben ist eine wichtige Aufgabe!
- Die Re-Aktion auf zerstörerische Vorteilsnahme orientierter Politik kommt unter anderem daher, dass auch Sozialdemokrat:innen in Bezug auf den Demokratische Sozialismus und in Bezug auf demokratische Politik skeptisch geworden sind.
- Ein bedeutsames Beispiel dafür ist die Einführung der Schuldenbremse, die nicht zuletzt damit begründet wurde, dass demokratischer Politik nicht vertraut werden könnte, verantwortungsvoll mit den gesellschaftlich erarbeiteten Ressourcen umzugehen.
- Die Schuldenbremse ist – anders als derzeit oft gedacht wird – nicht ausgesetzt! Vielmehr wird ihre Ausnahmeregelung angewandt. Aber diese Anwendung jetzt zeigt, dass sie falsch ist, denn in und gegen Krisen braucht man demokratische Politik zur Gestaltung menschlicher Lebensverhältnisse. Je früher man damit beginnt, desto resilienter ist eine Gesellschaft.
- Wir brauchen eine Strategie der Widerstandsfähigkeit und dafür besonders eine durchmodernisierte Infrastruktur. Das geht aber nicht mit der Schuldenbremse und ihrem Konsolidierungsplan. Außerdem ist für eine vernünftige Entwicklung nur mindestens gesamteuropäisch möglich und erfordert auch hier höhere Beiträge aus unserem Land.
- wenn man dann die Schuldenbremse dann noch einhalten will, muss man die Steuern enorm erhöhen und dies gegen extreme ökonomische Macht (zum Beispiel der Digitalkonzerne) durchsetzen
- Demokratischer Sozialismus heißt deshalb heute: wir müssen uns mehr auf transnationale gesellschaftliche Regulierung konzentrieren, wofür – nur ein scheinbares Paradoxon – auch die Kommunen wichtig (finanzieren!).
- Die Lufthansa beispielsweise hat faktisch kein Monopol, weil sie sich dem internationalen Konkurrenzkampf stellen muss. Es ist daher zu bezweifeln, dass mit der Regulierung überhaupt auf der Ebene einzelner Unternehmen ansetzen kann. Es



DL21

#leftlessons

ist ein entscheidender Unterschied, ob man einem einzelnen Unternehmen Auflagen macht, oder allen, die hier (zum Beispiel im deutschen Luftraum) operieren wollen.

- Man muss also wieder lernen, sich gegen die Gesamtheit der Unternehmen durchzusetzen!

Dierk Hirschel:

Es geht um drei Politikfelder, in denen wir zu Offensive kommen müssen:

1) die Handlungsmacht der Arbeitswelt,

2) der sozial-ökologischer Umbau, dessen zentrales Mittel ein öffentliches Investitionsprogramm ist. Dazu gehört von Verkehr bis öffentliche Gebäude sanieren eine riesige Kraftanstrengung und einen Plan und Steuern von denen, die den größten ökologischen Fußabdruck haben. Das geht nicht über Markt.

3) der bedarfsentsprechende Ausbau des Sozialstaates und der Daseinsvorsorge.

Und wir brauchen eine durchsetzungswürdige Utopie, die wir entwickeln können, wenn man das Thema Wirtschaftsdemokratie stärker angeht. Das ist noch nicht Realpolitik, aber eine Kraftquelle des politischen Handelns auf allen Ebenen der Gesellschaft.

- Weltweit gilt: Arbeit ist und bleibt die Quelle des gesellschaftlichen Reichtums. Ungleichheit kommt von der Entwertung von Arbeit. Deshalb ist die Frage in Richtung eines demokratischen Sozialismus – wie kommen wir wieder in die Offensive?
- Vorrangig ist die Handlungsmacht der abhängig Beschäftigten als zentrale Dompteure des Kapitalismus zu Stärken. Nur ihre Kämpfe können die Macht des Kapitals bändigen. Wenn wir nach vorne kommen wollen müssen wir das wiederherstellen. Dazu gehört die Beseitigung von Niedriglohn und die Überwindung von Leiharbeit, die Stärkung der Mitbestimmung und Tarifbindung usw.
- Das muss erstmal im nationalstaatlichen Rahmen tun, nationale Politik Arbeitsmarkt und Sozialpolitik hat sie in die Defensive gebracht und muss sie jetzt als progressive Politik wieder in die Offensive bringen.
- Die transnationale Durchsetzungsfähigkeit von gewerkschaftlichen Zielen wächst mit ihrer Stärkung auf nationalstaatlicher Ebene. Dies gilt besonders in Deutschland, dessen Wirtschaftsstruktur zahlreiche andere Länder und deren Arbeitsverhältnisse beeinflusst.



DL21

#leftlessons

- Der derzeitige Strukturwandel zu immer kleineren Betrieben der Dienstleistung ist hochproblematisch, weil dort Mitbestimmung (Betriebsräte und Gewerkschaften) so gut wie gar nicht mehr stattfinden und die Jobs überwiegend prekär sind. Deshalb braucht man eine flächendeckende Regulierung des Arbeitsmarktes.
- Bei Wirtschaftsdemokratie knüpfen wir an die industriellen Großstrukturen an (Montanmitbestimmung als Blaupause). Und es gibt große gesellschaftliche Bereiche die monopolistisch organisiert sind und sein müssen – das sind u.a. die natürliche Monopole, da macht Wettbewerb überhaupt kein Sinn. So wie dies bei Verkehr und Energie gilt, gilt dies nun auch im digitalen Sektor. Und in diese Überlegungen muss man auch die Banken- und Versicherungen einbeziehen, die auf ihre Kernfunktionen (gegen Fonds u.ä.) zurückzuführen sind.

Konsens zwischen den Diskutierenden scheint darin zu bestehen, dass die SPD sehr überzeugend werden muss darin, wie wir Gerechtigkeit und Ökologie intelligent miteinander verbinden. Nur teilweise ist das eine Frage von Umverteilung. Es geht nicht nur darum, dass die Menschen „mehr in der Tasche“ haben sollten, sondern sie müssen vor allem die Kontrolle über die gesellschaftliche Entwicklung und ihr persönliches Leben ausüben können. Das ist vor allem wichtig gegen Rechtsextremismus. Dafür sind sozialistische und sozialdemokratische Traditionen der Partizipation wieder aufzugreifen. Die Menschen wollen „nicht betreute Schäfchen, sondern stolze Bürger*innen, die die Sache selbst in die Hand nehmen, sein“, formuliert dies Gesine Schwan. Die öffentlichen Güter müssen nicht staatlich, aber grundsätzlich organisiert werden. Transnationale Städtebünde sind sehr wichtig. Gerade um in Hinblick auf sozial-ökologischem Umbau voneinander zu lernen.

Auch Frieden ist ein sozialdemokratischer Grundwert – gesellschaftlicher Frieden ist nämlich das Gelingen von Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit für alle Menschen. Deshalb wendet sich das Forum DL 21 in der zweiten Staffel der LeftLessons dem Thema Frieden und damit internationalen Beziehungen für global zivile Entwicklung zu.